

Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

Stellungnahme des 17. Landeselternbeirates zum Jugendmedienschutz

In seiner Sitzung am 09.04.2014 hat sich der Landeselternbeirat Baden-Württemberg (LEB) mit Fragen des Jugendmedienschutzes beschäftigt. Der Präsident der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg, Herr Langheinrich, hat dem LEB eine Einführung in die Problematik gegeben, sowie die verschiedensten Ansätze beim Jugendmedienschutz vorgestellt und erläutert.

Nach eingehender Diskussion war sich der LEB in folgenden Punkten einig:

1. Auf unsere Kinder drängt eine Vielzahl von Angeboten und Einflüssen aus der Erwachsenenwelt ein, die ihrem Entwicklungsstand noch nicht entsprechen und sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefährden oder beeinträchtigen können. Daher messen wir dem Jugendmedienschutz eine sehr hohe Bedeutung bei. Es ist bemerkenswert und gut, dass der Jugendmedienschutz in Deutschland Verfassungsrang hat.
2. Vor dem Hintergrund der weiteren rasanten Entwicklung der digitalen Medien ist es für sehr viele Eltern nicht zu leisten, sämtliche digitalen und netzwerkfähigen Endgeräte zu denen ihre Kinder Zugang haben, ständig aktiv auf dem neuesten Stand der jeweiligen Jugendschutzsoftware zu halten, sowie selbständig regelmäßig sogenannte „Blacklists“ und „Whitelists“ zu pflegen. Hieraus resultiert eine Verunsicherung der Elternschaft beim Thema „Kinder und neue Medien“, sowie ein lückenhafter Schutz unserer Kinder in den neuen Medien.
3. Der LEB ist dankbar für die Arbeit der Kommission für Jugendmedienschutz und von jugendschutz.net. Allerdings ist es uns bewusst, dass alleine hierdurch kein ausreichender und umfassender Schutz unserer Kinder in den neuen Medien gewährleistet werden kann.
4. Mit großen Interesse nimmt der LEB daher Vorschläge wahr, Verantwortung für den Jugendmedienschutz bereits bei den Internet Service Providern (ISP) anzusiedeln. Diese könnten durch entsprechende standardmäßig aktivierte (bei Bedarf im Einzelfall deaktivierbare), technische Maßnahmen sicher stellen, dass jugendgefährdendes Material gar nicht erst auf den Endgeräten ankommt. Die existierenden Jugendschutzprogramme sollten dabei als Standard gewählt und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Das frühe Ansetzen solcher technischer Maßnahmen bei den ISPs stellt sicher, dass alle digitalen netzwerkfähigen Endgeräte, die über den ISP der jeweiligen Familie laufen, mit abgesichert sind. Für die Eltern wären solche technischen Maßnahmen eine große Erleichterung, für die Kinder ein großer Zugewinn an Sicherheit im Internet. Die ISPs ihrerseits



könnten in Konkurrenz treten beim Angebot der besten technischen Maßnahmen – besondere Qualität wäre für Eltern ein wichtiges Argument bei der Providerwahl.

5. Die aktuelle Entwicklung in Großbritannien zeigt uns, dass dort ISPs bereit sind, Verantwortung für den Jugendmedienschutz zu übernehmen. Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg würde es ausgesprochen begrüßen, wenn auch die deutschen ISPs diesem Vorbild folgten und aktiv Verantwortung für den Jugendmedienschutz übernehmen würden.

Für den 17. Landeselternbeirat

Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender

Freiburg, den 22.05.2014